



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 26.01.2009

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Brenner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	ab TOP 3
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	bis TOP 7.3
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Braig
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Frau Dr. Dellsperger, Wieland-Museum	bis TOP 2
Herr Falk, Tiefbauamt	ab TOP 7.2
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Kopf, Hochbauamt	ab TOP 3
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	TOP 3 - TOP 6
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt f. Bildung, Betreuung u. Sport	bis TOP 3
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	ab TOP 7.2
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 2
Herr Walz, Gebäudemanagement	TOP 2 - TOP 6
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Sonstige:

Herr Dr. Biege, Kulturdezernent a. D.	bis TOP 2
Herr Dr. Flechtner, Wieland-Gesellschaft	bis TOP 2
Herr Lutz, Wieland-Gesellschaft	bis TOP 2
Frau Rehm, Kulturdezernat	bis TOP 2
Herr Udo Vollmer mit Frau, Wieland-Gesellschaft	bis TOP 2

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Stiftungsgeschäft - Errichtung der Wieland-Stiftung Biberach	69/2008 - 2 + 69/2008 - 3
3.	Sportbericht 2008 der Stadt Biberach	124/2008 + 124/2008 - 1
4.	Energieoptimierungskonzept der Stadt Biberach - Anträge der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	229/2008 + 229/2008 - 1
5.	Annahme von Spenden für das 4. Quartal 2008	6/2009
6.	Bildung des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009	7/2009
7.1.	Verschiedenes: Personen mit Migrationshintergrund	
7.2.	Verschiedenes: Parkscheinautomat Parkdeck Stadthalle	
7.3.	Verschiedenes: Straßenbaumaßnahmen	
7.4.	Verschiedenes: Gewaltdelikte in Biberach	
7.5.	Verschiedenes: Besuch des Ältestenrats in Ingelheim	
7.6.	Verschiedenes: "Liste der Grausamkeiten"	

Die Mitglieder wurden am 15.01.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 22.01.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Gestaltungsbeirat

Eine Frau interessiert die Einstellung der Stadt zur Einrichtung eines Gestaltungsbeirats bezüglich der Stadtentwicklung.

BM Kuhlmann bezeichnet das Thema als sehr interessant. Man habe hierzu auch schon verwaltungsintern Überlegungen angestellt. Im Laufe des Jahres 2009 werde man hierüber öffentlich berichten und entscheiden, ob ein derartiges Instrument in Biberach genutzt werden solle.

Baumschutzsatzung

Frau Cornelia Sikora fragt, warum Biberach keine Baumschutzsatzung habe.

OB Fettback lässt wissen, ein derartiger Vorschlag von der Verwaltung sei vor Jahren vom Gemeinderat abgelehnt worden.

BM Kuhlmann macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass man einen großen öffentlichen Baumbestand habe und für jeden gefälltten Baum immer ein neuer gepflanzt werde, oft sogar mehr Bäume.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten Drucksache Nr. 69/2008-2 zur Beratung vor. Die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 29.01.09 ist in Drucksache Nr. 69/2008-3 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback führt aus, es habe eine lange Diskussion stattgefunden und die Entscheidung sei für Wieland gefallen. Man habe die Halbtagsstelle von Frau Ottenbacher mit einer Vollzeitstelle besetzt und noch eine Halbtagsstelle geschaffen. Vor kurzem sei der Gemeinderatsbeschluss zur Attraktivierung der Gartenhäuser erfolgt. Gemeinderat und Verwaltung hätten sich also auf den Weg gemacht und viel dafür getan, Wieland mehr ins Bewusstsein zu bringen. Er dankt Herrn Dr. Biege für sein Engagement in diesem Bereich. Es habe Probleme mit dem Regierungspräsidium gegeben, das einen Paradigmenwechsel bezüglich öffentlicher Gelder und Stiftungen vollzogen habe. Gefordert werde eine deutliche Chance für Zustiftungen und ein erheblicher städtischer Einfluss auf die eingebrachten Steuergelder. Es sei also keine Verzögerungstaktik gewesen, die dafür verantwortlich zeichne, dass nun erst die Stiftungssatzung beschlossen werden könne. Die Stadt erbringe erhebliche personelle und finanzielle Vorleistungen und dennoch sei es noch nicht möglich, die Wieland-Stiftung autonom zu führen. Die Stiftungsgründung sei der beurkundete Wille der Stadt, etwas für Wieland zu tun und die deutliche Bitte an die Öffentlichkeit, durch Zustiftungen anwachsendes Stiftungskapitals zu erreichen, damit die Stiftung autark werde. Hierzu seien ca. weitere 2,5 Mio. € erforderlich. Er weist auf die Ergänzung des Hauptausschusses hin, wünscht der Stiftung viel Erfolg, die Autarkie bald zu erreichen und möglichst bald Zustiftungen zu erhalten.

StR Dullenkopf meint, das Thema sei ausdiskutiert. Es habe lange gedauert, denn bereits im Herbst 2006 habe man entschieden, das Wieland-Archiv in Biberach zu belassen. Danach sei einiges zu erledigen gewesen. Die Wieland-Gesellschaft habe sich gegründet, die letztlich die Entscheidung erleichtert habe. Der Gemeinderat habe auch frühzeitig entschieden, keinen Neubau für ein Wieland-Museum zu errichten. Man habe drei Optionen diskutiert: Die Zeughausgasse 4 ganz für Wieland zu nutzen, die Option Wieland ins Museum zu verlagern - man vergesse immer, dass man die Sanierung vor 25 Jahren als ersten Schritt gesehen habe und die dritte Option, die Nutzung des Erdgeschosses des ehemaligen Kaufhauses X. Auf Nachfrage habe er die Auskunft erhalten, die Mietverträge der derzeitigen Nutzer seien nicht langfristig. Diese Option sei für die CDU daher immer noch offen.

Die CDU-Fraktion erkläre sich mit dem Haushaltsansatz für die Wieland-Stiftung einverstanden, bis so viele Zustiftungen erfolgt seien, dass sie sich selbständig tragen könne. Dieser Betrag müsse ähnlich hoch sein wie der städtische Beitrag. Man sei hoffnungsvoll, dass dies erreicht werde. Durch die Wieland-Gesellschaft habe es einen großen Zugewinn an Ideen und Vorstellungen gegeben, was von Vorteil für die Stadt sei und wofür man danke. Die Ergänzung des Beschlussantrags wäre seines Erachtens nicht zwingend nötig gewesen, da § 3 der Rahmenvereinbarung klar sei und bereits Einschränkungen enthalte, diese Manifestierung sei aber unschädlich.

StRin Kübler signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und begründet diese mit dem Ziel, Zustifter zu erhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten. Die Stadt habe eine gute Startgrundlage geschaffen. In den letzten Jahren sei einiges von der Wieland-Gesellschaft bewegt worden, um Wieland einem größeren Bevölkerungskreis bekannt zu machen. Man hoffe, dass mit

der Stiftungsgründung für alle Interessenten die Hindernisse für Zustiftungen beseitigt seien. Ziel müsse es sein, Wieland unabhängig von den städtischen Finanzen zu machen, was noch nicht erreicht sei, da die Stadt jährlich noch circa 45.000 € aufbringen müsse. Hier sei die Wieland-Stiftung gefördert und man werde hierauf besonderes Augenmerk legen. Das Mauerblümchenda-sein von Wieland habe ein Ende. Die Wieland-Gartenhäuser würden verbessert und nun sei auch eine schnelle Veränderung der Ausstellung von Wieland in der Zeughausgasse 4 erforderlich.

StR Zügel meint, Wieland habe noch nie so viel Wertschätzung in Biberach erhalten wie derzeit. Es bezeichnet dies als Verdienst der Wieland-Gesellschaft und dankt ihr hierfür namens der Freien Wähler. Es werde eine historische Entscheidung getroffen, mit der man drei politische Ziele erreichen wolle: Wieland unabhängig von der aktuellen städtischen Wertschätzung erhalten, die Zustiftung Dritter ermöglichen und das politische Primat zu erhalten. Lediglich die vollkommene Unabhängigkeit vom städtischen Verwaltungshaushalt habe man noch nicht erreicht, was durch ein Anwachsen des Stiftungskapitals noch möglich werde. Dies werde sicher ein langer, dorniger Weg angesichts der aktuellen Kapitalrenditen. Er zeigt sich froh, dass die Freien Wähler sich als erste für den Erhalt Wielands in Biberach eingesetzt hätten. Er dankt Herrn Dr. Biege. Auch wenn er häufig angefeindet worden sei und die Idee des Transfers Wielands nach Weimar gehabt habe, stamme die Vorlage im Großen und Ganzen doch aus seiner Feder. Es verdiene auch Dank, dass er die Arbeit auch nach seiner Pensionierung zu Ende gebracht habe. Die Freien Wähler stimmten per saldo zu. Die Feinheiten seien austariert und man habe keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr, da das Werk mit dem Regierungspräsidium abgestimmt sei.

Auch StR Späh bezeichnet die Stiftungsgründung als wichtige Entscheidung und zollt Herrn Dr. Biege Dank und Respekt. Die Grünen hätten Probleme mit der Weggabe des Archivs gehabt, auch wenn man damit geliebäugelt habe. Man habe sich jedoch überzeugen lassen, dass es besser sei, es in Biberach zu behalten. Klar habe man sich gegen einen Neubau ausgesprochen. Mit der Stiftungsgründung erhalte Wieland den richtigen Stellenwert als größter Sohn der Stadt. Der große städtische Anteil sei jedoch nicht ausreichend, um die Stiftung autark zu machen, weshalb große Zustiftungen erforderlich seien, denn die erzielten Zinserträge reichten nicht aus und gingen angesichts der finanziellen Kapitalmarktlage eher zurück. Man gehe aber davon aus, dass der Abmangel nur vorübergehend sei und erwarte einen Bericht in einem Jahr wie sich die Kapitalausstattung darstelle. Er fragt noch, wann die Besetzung der Gremien sprich die Benennung der konkreten Vertreter erfolge.

StR Funk führt aus, man habe sich lange und intensiv mit Wieland beschäftigt, was Verdienst der Wieland-Gesellschaft und von Herrn Dr. Biege sei. Hierfür spricht er den Dank der FDP aus.

OB Fettback lässt wissen, die Besetzung der Gremien werde nach der Satzungsgenehmigung durch das Regierungspräsidium vorgenommen.

Der Gemeinderat fasst ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Biberach errichtet die Wieland-Stiftung Biberach und bringt in diese Stiftung die Bestände des Wieland-Museums Biberach ein, wie in Anlage 4a und 4b von Drucksache Nr. 69/2008-2 beschrieben.
2. Die Stadt Biberach stattet die Wieland-Stiftung am Tage ihrer Gründung mit einem Grundkapital in Höhe von 2,5 Mio. € aus.
3. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister das in Anlage 1 von Drucksache Nr. 69/2008-2 beschriebene Stiftungsgeschäft zu vollziehen.
4. Der Gemeinderat stimmt der in Anlage 2 von Drucksache Nr. 69/2008-2 beschriebenen Stiftungssatzung zu.
5. Der Gemeinderat stimmt der in Anlage 3 von Drucksache Nr. 69/2008-2 beschriebenen Vereinbarung zwischen der Stadt Biberach und der Wieland-Stiftung Biberach zu. Bezüglich der in § 3 der Rahmenvereinbarung aufgeführten Liegenschaften besteht seitens der Stadt Biberach keine Besitzstandswahrung. Die Stadt Biberach ist nicht verpflichtet, bestimmte Liegenschaften vorzuhalten.
6. Das Stiftungskapital von insgesamt 2,5 Mio. € wird der Wieland-Rücklage entnommen; diese wird um 1,0 Mio. € außerplanmäßig aufgefüllt. Die Deckung ist gewährleistet durch eine außerordentliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 1 Mio. €.
7. Die der Stadt Biberach treuhänderisch für „Zwecke des Wieland- Museums und des Wieland-Archivs“ von Frau Amanda Kress vermachten Schenkungen aus den Jahren 1996 und 2003 in Höhe von 259.772 € (Stand 31.12.2007) werden der Wieland-Stiftung zugestiftet und zwar:
 - 215.000 € zum allgemeinen Stiftungskapital.
 - 25.000 € mit der Maßgabe der Spenderin, diese Mittel „für die würdige Unterbringung der Schau- und Büchersammlungen des Wieland-Museums unter einem Dach“ zu verwenden.
 - 19.772 € mit der Maßgabe der Spenderin, Bücher und Autographen für die Sammlung anzuschaffen.
8. Bis zum 31.12.2009 bzw. bis zur ersten auskömmlichen Ertragsausschüttung des Stiftungskapitals wird das Wieland-Museum nach Maßgabe des Haushaltsplans weiterhin aus allgemeinen Finanzmitteln der Stadt Biberach getragen.
9. Die Verwaltung wird ermächtigt, geringfügige Änderungen der Satzung, auf Verlangen des Regierungspräsidiums oder des Finanzamtes, ohne weitere Beschlussfassung vorzunehmen.

Herr Dr. Flechtner, der Vorsitzende der Wieland-Gesellschaft, dankt herzlich für diesen Beschluss und meint, dass vor drei Jahren kaum jemand gedacht hätte, dass so etwas entschieden werde.

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 124/2008 mit dem Sportbericht 2008 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch bezeichnet den Bericht als Versuch, ein Gesamtbild der Sportsituation in Biberach zu zeichnen. Dabei könne man zwei Auffassungen vertreten: Einmal diejenige, es sei bereits alles bekannt oder aber man meine, man sollte mehr erfahren. Dann wären eine Zukunftswerkstatt und die vorgeschlagene empirische Untersuchung sinnvoll. Da der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Verwaltung beauftragt habe, die Durchführung einer Organisationsuntersuchung zu prüfen, ziehe man Ziffer 2 c der Beschlussanträge zurück, da man sich natürlich in das Große und Ganze einfüge und keinen Sonderweg mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport gehen wolle. Dies sei bei Abfassung des Berichts noch nicht klar gewesen. Die Zukunftswerkstatt wäre ein freier Prozess. Das Thema „Zentrum für Jugend und Sport“ müsse man dabei nicht zwingend aufnehmen. Einen zweiten Sportstützpunkt wolle er gerne zusammen mit dem Baudezernat momentan verhindern, da man eine Konzentration bei den vorhandenen Sportstätten bevorzuge. Zu den zusätzlich gestellten Anträgen verweist auf die Ergänzungsvorlage, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist. Die Anträge von SPD-Fraktion und Freien Wähler sind dieser Niederschrift als **Anlagen 3** und **4** angeschlossen. Der Sportbericht enthalte unterschiedliche Anforderungen und Prioritäten, die je nach finanzieller und personeller Kapazität abgearbeitet würden.

StR Dullenkopf stellt klar, die Ergänzungsvorlage, die man per Mail erhalten habe, habe er nicht öffnen können und er sei davon ausgegangen, sie werde in der Sitzung aufgelegt. Man habe sie auch in der Fraktion noch nicht diskutiert. Die CDU-Fraktion habe keine Anträge zum Thema gestellt, da vieles von der Entscheidung zum neuen Standort der Realschule abhängt. Er spricht sich gegen eine empirische Untersuchung aus, die man nicht als erforderlich erachte. Mit der Zukunftswerkstatt Sport erkläre man sich dagegen einverstanden. Ebenso mit Ziffer 2 d. Zum Thema „Zentrum für Jugend und Sport“, der Ziffer 2 e der Beschlussanträge, sollte das Wort „ergebnisoffen“ ergänzt werden. Den Ziffern 2 f und 2 g könne man so nicht zustimmen. 2 g sollte um die Worte „dann wenn notwendig“ ergänzt oder zurückgezogen werden.

Der Sportbericht enthalte viele allgemeine Darstellungen, zu denen Aussagen möglich wären, worauf man jedoch verzichte. Als Beispiel nennt er die Aufzählung der Werte, die Sport vermittele, die bei weitem nicht abschließend seien. Bei Trendsportarten handle es sich oft um sehr offene Abläufe. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass eher geschlossene Abläufe mit Regeln zu fördern seien, wenn mit Sport das Ziel der Integration erreicht werden solle. Dies sei beispielsweise sehr früh bei den Sportkeglern erfolgt. Er bittet, auf Seite 33 den untersten Spiegelstrich zu streichen, der von einer Kooperation der städtischen Fußballvereine spreche. Dies sei Aufgabe der Vereine. Die Aussagen auf Seite 45 seien zu wenig konkret formuliert. Ringschnait sei bezüglich des Beachvolleyballfeldes schon viel weiter und Mettenberg müsse sofort in Angriff genommen werden. Man dürfe nicht noch lange planen und ein Gesamtkonzept abwarten. Mettenberg für sich müsse vorgezogen werden.

Die Aussagen auf Seite 49 zum Bereich Kegeln seien nicht richtig. Beim Sportkegeln handle es sich um keinen gemütlichen Gruppensport. Die Aussage auf Seite 45, Ziffer 8.2, wonach man bei einer Erstellung einer Prioritätenliste die Hauptnutzer der Sportstätten beteiligen wolle, verstehe man

so, dass man sie anhöre, nicht jedoch völlig auf Betroffene Rücksicht nehme, wenn man es als richtig erachtet habe, etwas Bestimmtes zu tun. Bei den auf Seite 60 folgende dargestellten Punkte handle es sich um zentrale Themen, die man erst diskutieren könne, wenn der Standort der Realschule fixiert sei. Nicht klar sei ihm, warum das GM-Areal nicht als Standortalternative einbezogen worden sei.

OB Fettback antwortet, der Gemeinderat habe die Entscheidung getroffen, als Standort die bestehende Schul- und Sportmeile zu untersuchen, wobei ausdrücklich das GM-Areal ausgenommen worden sei.

StRin Drews führt aus, bereits jetzt habe man in Biberach ein vielfältiges Sportangebot, wobei viele Räume sanierungsbedürftig seien. Sie appelliert, die Sanierungen rasch anzugehen und mit Fremdvergaben zu agieren, da die städtischen Verantwortlichen personell ausgelastet seien. Sie bezeichnet die Vorlage und den Bericht als schleichenden, ersten Schritt in die richtige Richtung. Sie bittet um getrennt Abstimmung über Ziffer 2 a der Beschlussanträge.

StRin Goeth bemerkt, die Freien Wähler begrüßten den Sportbericht, da er Zusammenhänge und Entwicklungen verdeutliche und das Gesamtengagement in diesem Bereich aufzeige. Zwei Drittel aller sportlichen Aktivitäten seien privat organisiert, den Sportvereinen komme jedoch eine wesentliche soziale Funktion zu. Sport sei Biberach lieb und teuer, stelle man doch knapp eine halbe Mio. € für die unentgeltliche Nutzung von Sportstätten zur Verfügung. Die Freien Wähler hielten dies für eine wichtige Investition.

StR Späh bezeichnet den Bericht als sehr gut strukturiert. Alles Wichtige werde dargestellt. Man biete Sportmöglichkeiten für alle Altersstufen, sei eine bewegungsfreundliche Stadt, was ein Wohlfühlfaktor für die Bevölkerung sei. Er hält die empirische Untersuchung für wichtig, um festzustellen, ob das, was man anbiete, richtig sei. Die Zukunftswerkstatt Sport eine gute Möglichkeit, alle Notwendigkeiten für klare Entscheidungen in Erfahrung zu bringen. Die Vereine seien wichtige Träger des Sports, böten eine breite Angebotspalette und ein gutes Serviceangebot. Wichtige Grundlage hierfür seien die Sportstätten. Ebenso wichtig seien aber auch Bewegungsräume ohne institutionellen Charakter. Eine Großsporthalle werde von den Grünen nach wie vor abgelehnt. Für einzelne Großveranstaltungen könne man Kontakt mit dem Landkreis aufnehmen und die BSZ-Halle nutzen. Man habe für eine Stadt der Größe Biberachs eine gute Ausstattung. Die Grünen seien mit den Beschlussanträgen einverstanden.

StR Funk bezeichnet die Standortentscheidung zur Realschule als wichtig. Der Bericht werde daher fast eine Idee zu früh behandelt. Als interessant bezeichnet er auch die Auswirkungen der Ganztagschule auf Sport- und Kulturvereine. Er erklärt sich mit den Verwaltungsantworten zu den Anträgen einverstanden. Er **beantragt** getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlussanträge. Ziffer 2 a stimme man zu, bei Ziffer 2 b werde man sich enthalten, da man nicht erfreut darüber sei, wenn immer noch mehr Dinge in Arbeitsgemeinschaften mit politischen Vertretern verlagert würden, was letztlich ein Ausschalten des Gemeinderats bedeute. Ziffer 2 c werde man ablehnen, ebenso Ziffer 2 e. Ziffer 2 d werde zugestimmt. Ziffer 2 f werde abgelehnt und dem Rest zugestimmt. Als besonders wichtig bezeichnet er Ziffer 3 der Beschlussanträge.

EBM Wersch entschuldigt sich für die Darstellung des Kegeln als gemütlichen Sport und sagt zu, das Wort „gemütlich“ zu streichen. Wenn keine Kooperation der städtischen Fußballvereine in der Kernstadt wie auf Seite 33 des Sportberichts dargelegt, gewollt sei, sei dies für die Verwaltung kein Problem und man werde dann zurückhaltend agieren. Bezüglich Mettenberg werde man

gemeinsam mit dem Baudezernat sehen, dass es vorangehe. Zur Darstellung auf Seite 55, dass man die Hauptnutzer der Sporthallen bei Erstellung einer Prioritätenliste beteiligen wolle, gibt er zu verstehen, dies gehöre zum guten Stil wobei man keine Vasallentreue walten lassen wolle. Bezüglich einer Großsporthalle habe das Baudezernat bereits einen Standort für eine Halle mit zumindest größerer Zuschauerkapazität als sie die vorhandenen Hallen böten geplant.

OB Fettback stellt klar, bei Ziffer 1 genüge es, wenn der Gemeinderat den Sportbericht zur Kenntnis nehme. Raumprobleme seien vorhanden. Beispielsweise sei Jugend Aktiv nicht räumlich verankert und man habe keinen Raum für größere Veranstaltungen.

Der Gemeinderat stimmt über Ziffer 1 des Beschlussantrags ab und nimmt diesen einstimmig zur Kenntnis.

Zu Ziffer 2 a führt StRin Drews aus, die Verwaltung lege großen Wert auf die Untersuchung, was sie nicht verstehe. Sie fragt nach den Kosten und der dadurch bedingten zeitlichen Verschiebung bei der Umsetzung verschiedener Maßnahmen. Eine Zusammenführung der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt wäre für die SPD-Fraktion eine ausreichende Basis. Man könnte die Ergebnisse in einer Bürgerversammlung vorstellen, um am Ende relativ schnell und ohne große Kosten Ergebnisse vortragen zu können. Empirische Untersuchungen, die sie kenne, seien nicht billig und ihre Umsetzung dauere sieben bis neun Monate. Sie meint, statt Geld hierfür auszugeben sollte man dieses lieber in ein Sanierungsobjekt investieren.

EBM Wersch sieht keinen Zusammenhang zur Sanierung von Sporthallen. Eventuell könne man beide Maßnahmen miteinander verknüpfen. Eine Zukunftswerkstatt nutze aber nur das vorhandene Potential und bringe keinen Blick über den Tellerrand.

StRin Goeth meint, eine Bestandsaufnahme wäre ein erster Schritt einer Zukunftswerkstatt und könnte von den Akteuren vor Ort besser geleistet werden beziehungsweise sei zum Großteil schon eruiert. Sie fragt, wer eine derartige Untersuchung durchführen sollte und was sie kosten würde. Wenn man keine weiteren Argumente für eine empirische Untersuchung vorgelegt bekomme, seien die Freien Wähler dagegen.

EBM Wersch lässt wissen, man habe noch kein Büro ausgesucht und auch die Kosten noch nicht erhoben. Es solle jedoch keine Erhebung des Istzustandes erfolgen, sondern durch substanzielle Befragungen eruiert werde, was möglich wäre.

StR Funk gibt zu verstehen, er erwarte auch Daten zum Engagement Privater, was von der Bevölkerung in Anspruch genommen und was erwartet werde. Ferner müsse dargestellt werden, welche Veränderungen es unter anderem durch die Ganztagschule geben werde. Er fände eine empirische Untersuchung lohnend, sofern diese bezahlbar sei.

StRin Drews meint, die Vereine seien up to date und eine derartige Untersuchung nicht erforderlich.

StR Späh hält eine Zukunftswerkstatt für ausreichend.

Der **Antrag der SPD-Fraktion**, Ziffer 2 a zu streichen und auf die empirische Untersuchung zu verzichten wird mit 5 Nein-Stimmen (StR, Funk, Gehring, Nuding, Späh, Weber) 1 Enthaltung und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Zu Ziffer 2 b, der Zukunftswerkstatt Sport, führt StRin Drews aus, das Zentrum Jugend und Sport müsse in die Zukunftswerkstatt einfließen, da sonst Doppelarbeit geleistet werde.

Zur Personalausstattung gibt OB Fettback zu bedenken, nach dem Beschluss des Gemeinderates könne man 2009 erst externe Angebote einholen, um dann 2010 die Mittel für die Beauftragung eines Externen bereitzustellen so dass die Organisationsuntersuchung frühestens 2011 personelle Auswirkungen bringen könne.

Zu 2 d, Sanierung der vorhandenen Turn- und Stadthallen, meint StRin Drews, sie stünden schon lange auf der Agenda. Sie meint, vielleicht könne man auch ohne direkte Personalaufstockung etwas erreichen, um den Bedarf zu ermitteln. Sie fragt, wann die Sanierungen durchgeführt würden, worauf EBM Wersch zu verstehen gibt, dies sei nicht festgelegt. Man wolle eine konzertierte Aktion mit den betroffenen Ämtern durchführen.

StRin Goeth **zieht** den **Antrag** der **Freien Wähler** zu diesem Thema **zurück**.

Anschließend wird über die weiteren Anträge der SPD-Fraktion diskutiert, zu denen die Verwaltung mit den in Anlage 3 festgehaltenen Aussagen Stellung bezogen hat.

Zur Eislauffläche bemerkt OB Fettback im Rahmen des Gigelbergkonzeptes werde man die Möglichkeiten zur Anlage einer Eislauffläche prüfen und beziffern.

StRin Drews ruft in Erinnerung, in den 70er Jahren habe es eine entsprechende Fläche gegeben, die man einfach befeuchtet habe. Bei der Planung von Mehrzweckspielfeldern könnte man eine derartige Fläche vorsehen, die beispielsweise im Sommer Skatern und im Winter den Eisläufern zur Verfügung stünde. Dies wäre relativ kostengünstig. Dies sollte in der Sportmeile und stadtnah angelegt werden, damit diese Flächen gleich im Anschluss an den Unterricht auch von Schülern genutzt werden könnten.

OB Fettback **sagt zu**, dies in die Gesamtprüfung aufzunehmen. Eine einfache Befeuchtung eines vorhanden Platzes sei nicht möglich, da diese immer ein Gefälle aufwiesen.

Zum Allwettersegel stellt StRin Drews klar, man denke an ein Sonnensegel, das auch im Winter über rote Plätze gespannt werden könnte und eine Kalthalle ersparen würde.

OB Fettback **sagt zu**, dies prüfen zu lassen.

StRin Goeth meint, die SPD-Vorschläge seien interessant, aber ein Wunschzettel. Die Verwaltung habe signalisiert, dass sie an der Belastungsgrenze sei, weshalb bezüglich Wünschen zurückhaltend agiert werden müsse. Als reizvoll empfinde man aber auch einen innerstädtischen Trimm-
pfad, da dessen Anlage nicht sehr aufwändig wäre. Diesen Prüfungsauftrag befürworteten die Freien Wähler. Bezüglich einer weiteren Freispielfläche für Jugendliche sehe man jedoch keinen weiteren Prüfungsbedarf, da das Ergebnis zu den Jugend-, Frei- und Aktionsräumen vorliege.

StR Funk unterstreicht diese Ausführungen. Man solle über die Anträge abstimmen und nicht Prüfungen zusagen, deretwegen anderes dann liegen bleibe. Dies sei nicht demokratisch.

OB Fettback stellt klar, man prüfe diese Dinge mit Bordmitteln im Rahmen anderer Projekte, die ohnehin durchgeführt würden wie dem Gigelbergkonzept. Es werde deswegen nichts anderes liegen bleiben.

Zur beantragten Vernetzung der Sportplätze gibt StRin Drews zu bedenken, der Trimm-Dich-Pfad im Burrenwald sei beispielsweise nicht an den Nahverkehr angebunden, weshalb er auch nicht mehr so angenommen werde.

StR Zügel meint, die Verwaltung müsse sich um Wichtigeres kümmern. Die Wunschliste der SPD-Fraktion sei in der Priorität unten anzusiedeln. Wenn die Verwaltung glaubwürdig bleiben wolle, dann müsse sie dies auch entsprechend erklären.

OB Fettback hält entgegen, viele Dinge würden ohnehin bearbeitet und geprüft, auch ohne entsprechenden Antrag aus dem Gemeinderat. Dies gelte beispielsweise für die Eisfläche. Die restlichen Dinge werde man mehr oder weniger in der Zukunftswerkstatt thematisieren. Zur Anbindung von Sportstätten an den Nahverkehr verweist er auf das Radwegekonzept. Die wesentlichen Sportstätten seien gut an den ÖPNV angebunden, da sie in der Sportmeile lägen. Der Trimm-Dich-Pfad in der Innenstadt könne mit relativ geringen Mitteln schnell realisiert werden im Areal hinter dem TG-Heim. Zum Kraftraum verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung meint aber, irgendwann müsse man grundsätzlich überlegen, ob man die bestehenden Sportstätten auch für Freizeitsportgruppen öffnen wolle.

StR Späh geht das Bremsen von StR Zügel zu weit. Eine sukzessive Weiterentwicklung müsse möglich sein und man könne nicht alles zurückstellen wegen des Neubaus der Realschule. Die Verwaltung müsse selbst nach Augenmaß schauen, was sie leisten könne.

OB Fettback lässt noch wissen, zu den Freispielflächen werde 2009 ohnehin eine Vorlage im Zusammenhang mit den Thema Jugend-, Aktions- und Freiflächen vorgelegt.

StR Kolesch gibt zu bedenken, wegen des Verwaltungsplädoyers zu personellen Auslastung der Verwaltung habe man auf manchen Haushaltsantrag verzichtet.

OB Fettback hält entgegen, einzig neu wäre das Allwettersegel. Bezüglich des Trimm-Dich-Pfades sei man schon recht weit und das Thema Kraftraum wolle man exemplarisch beim Neubau der Realschule prüfen. Er **sagt zu**, die Wünsche im Rahmen der Kapazitäten zu prüfen.

Anschließend wird über die verbleibenden Ziffern der Beschlussanträge abgestimmt.

Ziffer 2 d wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 e wird in Ergänzung um das Wort „ergebnisoffen“ einstimmig zugestimmt.

Die Ziffern 2 f und 2 g werden vertagt, bis der Standort der neuen Realschule feststeht. Den Ziffern 2 h, 2 i und 3 wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sportbericht 2008 zur Kenntnis.

2. Im einzelnen:

- a) **Unter der Federführung des Amt für Bildung, Betreuung und Sport plant die Stadt eine „Zukunftswerkstatt Sport“ gemeinsam mit Politik, Verwaltung, Vertretern der Schulen, Vereinen, institutionellen und gewerblichen Sportanbietern sowie Bürgerinnen und Bürgern mit dem Ziel, Maßnahmen- und Aktionsprogramme für die Weiterentwicklung Biberachs zur sport- und bewegungsgerechten Stadt für alle Altersgruppen zu erarbeiten.**
- b) **Die Verwaltung wird beauftragt, den Sanierungsbedarf in den vorhandenen Turn- und Sporthallen zu ermitteln und in einer Prioritätenliste zu definieren. Gleichzeitig wird untersucht, wie die Sportstätten für den Vereins- und Freizeitsport attraktiver gestaltet werden können.**
- c) **Eine Projektgruppe mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Vereinen wird gebildet, um ergebnisoffen die Idee eines neuen „Zentrums Jugend und Sport“ weiter auszuarbeiten und zu konkretisieren.**
- d) **Ortsteile**
 - **Mettenberg: Ein Gesamtkonzept für den Bereich der Sport- und Freizeitanlage unter Einbezug der angrenzenden Obstwiese wird erstellt. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen wie Sanierung des bestehenden Sportplatzes, Neubau eines Kleinspielfelds sowie die Erweiterung der baulichen Infrastruktur sollen nach Vorliegen von Planung und Kostenschätzung in Einzelschritten realisiert werden.**
 - **Rissegg: Die Nutzung der Sporthalle des Bischof-Sproll-Bildungszentrums an zwei Abenden im Winterhalbjahr zugunsten des SV Rissegg und die damit verbundene Kostenübernahme soll im Rahmen der Sportförderung weiter erfolgen.**
 - **Ringschnait: Die vorliegende Planung und Kostenschätzung des Freizeitbereichs an der Dürnach ist im Einzelnen zu prüfen. Umfang und Zeitpunkt der Realisierung sind noch offen.**
- e) **Sportförderung**
 - **Die Stadt Biberach stellt auch künftig die Sportanlagen für den Übungsbetrieb der Vereine und sonstigen Sportgruppen unentgeltlich zur Verfügung.**
 - **Die Zuschüsse für die Jugendsportförderung, für Fahrtkosten, die Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen, für den Bau von Vereinssportanlagen sowie die Kindersportschule bleiben im bisherigen Umfang erhalten und werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.**

3. Die Umsetzung der einzelnen Vorhaben bzw. Maßnahmen wird jeweils in gesonderten Vorlagen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 229/2008 zur Beratung vor. Das Vorberatungsergebnis des Bauausschusses vom 15.01.09, dem sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 19.01.09 angeschlossen hat, ist in Drucksache Nr. 229/2008-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Kolesch führt aus, man habe eine ökologische und wirtschaftliche Verantwortung und als Kern der Vorlage bezeichnet er die Aussage, dass man sich noch verstärkter um energetische Sanierungen kümmern wolle, was für die CDU-Fraktion schon lange die effizientesten Maßnahmen gewesen seien. Positiv sei, dass die Maßnahmen mit dem höchsten ökologischen Vorteil auch die finanziell höchsten Einsparungen brächten. Man habe vereinbart, die Projekte entsprechend ihrer Effizienz in ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht abzuarbeiten. Aufgrund des Konjunkturprogramms II sei es eventuell sinnvoll weitere Projekte, eventuell auch kleinere Maßnahmen, planerisch vorbereitet zu haben. Um eine Verstetigung zu erreichen, habe man beantragt, ein Gebäudekataster zu erstellen.

StR Lemli bezeichnet einen zeitnahen Einstieg in die Maßnahmen als wichtig. Man müsse konkret überlegen, insbesondere zum Haushalt 2010, wie man mit dem Personal umgehe. Er hält eine Personalaufstockung für erforderlich. Die SPD-Fraktion sei für einen stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien, da man sonst langfristig auch finanzielle Schäden zu befürchten habe.

StR Zügel meint, das Gebäudekataster müsse konkret und mit einem quantifizierbaren Budget erstellt werden. Energieoptimierung erfordere auch eine Politik des Augenmaßes und man müsse auch hier die Wirtschaftlichkeit beachten. Die Bürger müssten wissen, was unter dem Konzept zu verstehen sei, weshalb man keine Allgemeinplätze formulieren wolle, sondern es müsse ablesbar sein, was bei einzelnen Gebäuden gemacht werde. Dann könne man auch Ausgaben für die Projekte den Bürgern vermitteln.

StR Gehring sieht im Gebäudekataster ein Hilfsmittel, um aufzuzeigen, was notwendig sei, um Energieeinsparungen zu erreichen. Der Maßstab der einsparbaren Kilowattstunden sei dabei eine neutrale Größe. Es sei offensichtlich, dass die Verwaltungsmitarbeiter sich mit dem Thema beschäftigten und vieles bereits Stand der Technik sei. Als positiv bezeichnet er es auch, dass die e.wa-riss GmbH mit einer Energiesparoffensive aktiv werde. Die Grünen stimmten dem Konzept zu.

StR Funk hält den Titel für zu kurz gegriffen. Man wolle die besten Ergebnisse für den Umweltschutz. Er vermisst manche Aussagen. Energieeinsparmaßnahmen zu erreichen sei eine Querschnittsaufgabe und jeder Mitarbeiter sei gefordert. Man fördere wirtschaftliche Effizienz, der Geldeinsatz solle also dort erfolgen, wo insgesamt für die Stadt am meisten erreichbar sei. Mit dem Gebäudekataster werde ein langjähriger Wunsch der FDP erfüllt. Ein Wirtschafts- und Budgetplan gehörten auch zum Konzept. Hier sei seines Erachtens ein Widerspruch bei den Ziffern 4.2 und 4.3 der ursprünglichen Vorlage enthalten. Ein Energiekonzept müsse drei Punkte beachten: die Art der Energiegewinnung, die Dämmung und die Speicherung von Energie, wobei Letztere laut Vorlage nur eine untergeordnete Rolle spiele, was ihm zu kurz gegriffen sei. Die FDP stimme den Empfehlungen des Bauausschusses zu.

OB Fettback stellt klar, angesichts des Umfangs der einzelnen Maßnahmen sei ohnehin eine Einzelfallbetrachtung erforderlich, so dass immer die technische Entwicklung berücksichtigt werde. Sofern es zu Sonderentwicklungen im Rahmen des Konjunkturprogramms II komme, müsse man auch über Personal diskutieren. Im übrigen habe die Verwaltung schon vor Jahren ein derartiges Konzept vorgeschlagen, was seinerzeit aber vom Gemeinderat abgelehnt worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Punkt 4.3 der Drucksache Nr. 229/2008 wird gestrichen.
Den übrigen unter Nr. 4 dargestellten Grundsätzen wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt ein Gebäudekataster unter energetischen Gesichtspunkten zu erstellen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die in Anlage 1 von Drucksache Nr. 229/2008 dargestellten Objekte, Angebote für die Erarbeitung einer Bestandsaufnahme und –bewertung inklusive Maßnahmenvorschläge einzuholen.**
- 4. Auf Grundlage des Gebäudekatasters wird ein Wirtschafts- und Budgetplan erstellt, der die Grundlage für die Ausarbeitung energetischer Gebäudesanierungsmaßnahmen ist.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 6/2009 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 6/2009 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 7/2009 zur Beschlussfassung vor. Die einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.01.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 wird ein Gemeindewahlausschuss mit folgender Zusammensetzung gewählt:

	Vorsitzender	Stellvertreter
	Joachim Simon, Hauptamtsleiter	Rudolf Maier, Stv. Hauptamtsleiter
Fraktion	Beisitzer	Stellvertretende Beisitzer
CDU	Karl-Heinz Brock, Nickeleshalde 15	Max Schneiderhan, Klaufügelweg 22
SPD	Bärbel Jung, Bürgerturmstraße 12	Robert Egle, Marktplatz 38
FW/UB	Gertrud Vollmer, Gymnasiumstraße 12/1	Anneliese Förg, Marktplatz 40
Grüne	Ursula Brunner, Hühnerfeldstraße 20	Andrea Sülzle, Rißegger Steige 113

TOP 7.1 Verschiedenes: Personen mit Migrationshintergrund

StRin Goeth bringt vor, OB Fettback nenne immer knapp 30% Personen mit Migrationshintergrund. Dies sei sehr viel. Sie fragt, ob hierin auch Flüchtlinge aus den Ostgebieten enthalten seien, wie man sie erfasse und wie der Begriff definiert werde.

OB Fettback bestätigt, man habe 28,6% Einwohner mit Migrationshintergrund. Der Landesdurchschnitt liege bei 25%. Dies sei durch die international tätigen Firmen vor Ort zu erklären. Er bestätigt, dass auch Spätaussiedler, die nicht im Gebiet der heutigen Bundesrepublik geboren seien, hierzu zählten. Die Begriffsdefinition habe man in einer Vorlage an den Integrationsausschuss dargelegt (Nr. 215/2008).

TOP 7.2 Verschiedenes: Parkscheinautomat Parkdeck Stadthalle

StR Kolesch bringt vor, auf dem Parkdeck der Tiefgarage Stadthalle sei kein Parkscheinautomat installiert. Er fragt, wer hierfür verantwortlich zeichne und wer für den Schaden aufkomme. Diese Plätze sollten vornehmlich Kurzparkern dienen und würden nun vermehrt von Dauerparkern belegt.

OB Fettback lässt wissen, der Automat habe witterungsbedingt nicht aufgestellt werden können.

BM Kuhlmann bestätigt, der Endausbau sei aufgrund der Witterung noch nicht fertig gestellt. Dies gelte auch für die Beleuchtung.

StR Dullenkopf meint, letztere könnte man wenigstens genauer schalten und nicht wie jetzt, wo sie eine Stunde vor der Straßenbeleuchtung einschalte. Dauerparker könnten auf dem Parkdeck schon durch ein entsprechendes Schild, das eine Parkscheibe fordere, verhindert werden.

TOP 7.3 Verschiedenes: Straßenbaumaßnahmen

StR Kolesch erkundigt sich nach dem Stand der Straßenbaumaßnahmen Jordanbad/Reichenbach und Umfahrung Ringschnait.

BM Kuhlmann lässt wissen, für die Straßenbaumaßnahme vom Jordanbad Richtung Reichenbach laufe das Planfeststellungsverfahren. Zur Umfahrung Ringschnait über Edenbachen habe man aus Stuttgart die sehr positive Aussage erhalten, dass planerische Vorbereitungsarbeiten möglich seien. Hierfür müsste von der Stadt viel Geld in Vorleistung erbracht werden, weshalb hierzu ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich sei. Dies bedeute aber noch nicht eine schnelle Realisierung der Maßnahme, da die Mittel für den Straßenbau von Bund und Land gesenkt worden seien. Nach Aussage der zuständigen Behörden werde die Maßnahme nicht vorgezogen.

TOP 7.4 Verschiedenes: Gewaltdelikte in Biberach

StR Kolesch bringt vor, die Straftaten in der Innenstadt in letzter Zeit bereiteten ihm Kopfzerbrechen. Es sei eine Brutalität und Menschenverachtung festzustellen und die letzten Vorkommnisse seien bereits vor 22 Uhr passiert. Als Vater von Kindern mache man sich Sorgen. Er fragt, was unternommen werden könne. Offensichtlich handle es sich immer um dieselben Täter. Er fragt, ob man keine andere Möglichkeit habe, mit diesen Gemeingefährlichen anders umzugehen, die das Sicherheitsgefühl von 99% der Bevölkerung beeinträchtigten. Er fragt, ob nicht Polizei und Justiz mehr in die Pflicht genommen werden könnten.

OB Fettback erwidert, die Berichterstattung vermittele auch ein Bild, das nicht immer ganz richtig sei. Momentan habe man acht Raubüberfälle zu beklagen, was laut Polizeidirektor Högerle kein Ausreißer sei, aber beobachtet werden müsse. Beim jüngsten Vorfall habe man noch keinen Verdacht, kenne aber die Opfer, bei denen es sich um junge Menschen aus der Szene handle. Der Verdacht liege nahe, dass es sich um eine Rivalitätstat handeln könnte.

StR Späh fragt, ob es sich um eine Präsenzproblematik der Polizei handle und ob sich nicht die Lenkungsgruppe Gewaltprävention mit dem Thema beschäftigen sollte.

OB Fettback erwidert, die Kommunen könnten viel auffangen, hier handle es sich aber um klassische Polizei- und Justizaufgaben.

TOP 7.5 Verschiedenes: Besuch des Ältestenrats in Ingelheim

StR Funk spricht den geplanten Besuch des Ältestenrats in Ingelheim an und meint, beim letzten Besuch dieser Art sei ein Vertreter der FDP dabei gewesen. Er fragt, wie es dieses Mal vorgesehen sei und gibt zu verstehen, dass er auf jeden Fall mitreisen wolle und sich gegebenenfalls an die Firma Boehringer wende.

OB Fettback erwidert, gegenseitige Besuche des Ältestenrats von Ingelheim und Biberach seien schon vor seiner Zeit Tradition gewesen. Er werde hierzu nichtöffentlich noch einen Satz sagen.

TOP 7.6 Verschiedenes: "Liste der Grausamkeiten"

StR Funk spricht die in der Schwäbischen Zeitung angesprochene „Liste der Grausamkeiten“ an, von denen OB Fettback die Abschaffung der Ortsverwaltungen als eine Möglichkeit genannt habe, sollten finanziell schlechtere Zeiten kommen. Er versichert, dies sei keinesfalls Wunsch der FDP. Er fragt, ob diese Liste dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden könne, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, sie liege dem Gemeinderat vor. Es handle sich um die Vorlage, die man zur Klausurtagung erstellt habe.

Die Frage der Schwäbischen Zeitung sei legitim gewesen. Er habe den Fehler gemacht, nur die Ortsverwaltungen zu nennen, wofür er sich bei den Ortsvorstehern entschuldigt.

Gemeinderat, 26.01.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann